



Kern: Junge Muslime nicht alleine lassen Islam-Unterricht in deutscher Sprache

In einer Landtagsdebatte über das Thema „Staatsvertrag mit islamischen Glaubensgemeinschaften“ sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Wie die Integration der rund 600.000 in Baden-Württemberg lebenden Muslime tatsächlich in der Praxis unter gleichberechtigten Bedingungen gelingen kann, ist für mich eine der zentralen Grundfragen unserer Gesellschaft. Ich möchte mich daher auf einen Aspekt konzentrieren, der aus meiner Sicht der zurzeit mit Abstand wichtigste ist, nämlich die Frage des islamischen Religionsunterrichts. Es wird Sie wenig überraschen, dass ich als Religionslehrer ein großer Anhänger des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts bin. Aus meiner Sicht aber ist die Frage und die Zukunft des Religionsunterrichts geradezu eine entscheidende Frage für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Der Religionsunterricht ist eben weit mehr als ein normales Schulfach. In ihm stehen nämlich nicht einfach Bildungsinhalte im Mittelpunkt des Unterrichts, sondern im kompetenten Religionsunterricht stehen die Schülerinnen und Schüler selbst mit ihren unterschiedlichen Identitäten im Mittelpunkt des Unterrichts. Guter Religionsunterricht macht Schüler im wahrsten Sinne des Wortes „betroffen“.

Und genau an diesem Punkt möchte ich heute in erster Linie ansetzen: Wer einer Religion angehört, aber seine Religion nicht kennt, der wird unfähig sein zum kompetenten Dialog mit anderen Religionen. Und wer nicht dialogfähig ist, ist zur Integration beziehungsweise zur Aufnahme fremder Kulturen unfähig.

Ich habe als Gymnasiallehrer immer wieder mit einigem Erschrecken erfahren müssen, welche enormen Wissenslücken gerade junge Muslime hinsichtlich ihrer eigenen Religion haben.

Hier steht die Landespolitik in der Pflicht: Wir dürfen junge Muslime mit ihren Fragen nach ihrer Herkunft, nach ihrer Identität nicht alleine lassen. Islamunterricht in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten muslimischen Religionslehrern – dieses Angebot sollten wir allen denjenigen eröffnen, die ihre positive Religionsfreiheit auch an den Schulen wahrnehmen wollen.

Ich spüre bei den Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot den festen Willen, hierbei den Weg weiterzugehen, den bereits die alte Landesregierung eingeschlagen hatte. Ich appelliere aber in diesem Zusammenhang: Bitte geben Sie bei diesem Thema mehr Gas als bisher: Schon in kurzer Zeit werden die ersten Absolventen des Zentrums für Islamische Theologie der Universität Tübingen ihr Studium abschließen. Wenn es uns bis dahin nicht gelingt, den islamischen Religionsunterricht weit über die



bisherigen Modellschulen auszuweiten, so stehen diese jungen Religionslehrer vor der Arbeitslosigkeit – und das, obwohl ja der Bedarf ja enorm groß ist.

In diesem Zusammenhang appelliere ich auch an die Landesregierung: Statten Sie das Zentrum für Islamische Theologie in Tübingen mit mehr Ressourcen aus. Die Dozenten verrichten dort ihre aus meiner Sicht unverzichtbare Arbeit häufig am Rande der Leistungsfähigkeit.

Drittens: Die Frage, ob wir in Baden-Württemberg bald islamischen Religionsunterricht bekommen oder nicht, ist nach meinem Dafürhalten nicht in erster Linie eine juristische, sondern eine politisch zu entscheidende Frage. Die rechtlichen Fragen können gelöst werden, wenn die grün-rote Landesregierung es denn auch tatsächlich will!

Ich möchte mit einem Zitat von Hans Küng enden, das er als Grundlage für sein berühmtes Projekt „Weltethos“ bestimmt hat:

„Kein Frieden unter den Nationen ohne Frieden unter den Religionen. Kein Frieden unter den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen.“ Um diesen Dialog überhaupt zu ermöglichen, müssen wir junge Menschen, hier vor Ort, in die Lage versetzen, dialogfähig zu sein.“